

Die Idee der Solidarität in der Corona-Pandemie

Hans Diefenbacher, Johannes J. Frühbauer, Benjamin Held, Frederike van Oorschot, Dorothee Rodenhäuser, Hannes Vetter¹

*Things fall apart; the centre cannot hold;
Mere anarchy is loosed upon the world [...]
The best lack all conviction, while the worst
Are full of passionate intensity*
William Butler Yeats, *The Second Coming*,
1919 während der Spanischen Grippe

1 Die Sehnsucht nach Solidarität

Einer der Begriffe, die in dieser Zeit Hochkonjunktur in der öffentlichen Rede haben, ist der Begriff der Solidarität. Von ganz

¹ Der vorliegende Text ist eine leicht veränderte Fassung eines Textes, der in *edp-Dokumentation 30 (2020): 18–27* erschienen ist.

unterschiedlichen Akteuren im öffentlichen Diskurs wird Solidarität beschworen oder sogar eingefordert. Politikerinnen, Kirchenvertreter und andere Repräsentantinnen und Repräsentanten der Zivilgesellschaft gehören zu jenen, die gegenwärtig mit verschiedenen Perspektiven und Zielvorstellungen den Begriff der Solidarität bespielen. Offenkundig hat die Idee der Solidarität, ansonsten keine Primärkategorie des Politischen,² angesichts der enormen Herausforderungen, wie sie durch die Corona-Pandemie ausgelöst wurden und derzeit und auch noch auf längere Sicht hin bestehen, ihren gesellschaftspolitischen Dornröschenschlaf beendet. Zugleich zeigen aktuelle Umfragen, dass die individuelle Bereitschaft zur Solidarität nach einer ersten Welle gemeinschaftlicher Verbundenheit schon wieder sinkt.³

Dies mag mit der zunehmenden Komplexität der Lage zu tun haben, in der sich global, europäisch und national sehr unterschiedliche Entwicklungen der Pandemie und heterogene wirtschaftliche und soziale Folgen ihrer Bekämpfung zeigen. Nach den ersten Wochen bröckelte zudem der anfängliche Konsens, mit dem in Deutschland relativ früh drastische Veränderungen des sozialen Lebens zur Abbremsung der Verbreitung von COVID-19 auf der Bundesebene beschlossen wurden – zunächst mit großer Zustimmung der Bevölkerung, gerade zu den einschneidenden Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus. Dabei

2 Nothelle-Wildfeuer/Schmitt 2020.

3 Koopmann 2020.

wurden klare Zielsetzungen abgewogen und sachlich kommuniziert: Kanzlerin Merkel präsentierte sich als kluge Führungsfigur. Ab spätestens Mitte Mai zog sie sich faktisch weitgehend aus der Koordination zurück, die Ministerpräsidentenriege übernahm zumindest vorübergehend die prägenden Positionen. Bei den Parteien versuchte vor allem die AfD ihr Profil durch die Krise zu schärfen und erklärte nach der Leugnung der Klimakrise nun auch COVID-19 für wenig bedeutsam. Überdies kamen die alten Lobbygruppen, die ihre Anspruchshaltungen artikulierten und Hilfsmaßnahmen forderten, ohne aber den Helfenden ein Partizipationsrecht an Entscheidungen einräumen zu wollen, recht schnell wieder zum Vorschein.

Die vielstimmigen Rufe nach Solidarität sind oft Reaktionen auf solche Entwicklungen. Zugleich kann ein Grund für die möglicherweise schwindende Überzeugungskraft der Appelle auch in der Vagheit und Offenheit der Kategorie liegen, die auf der einen Seite ermüdend wirkt und auf der anderen Seite den Begriff der Solidarität zu einem ungenauen »Containerbegriff« für moralische, wirtschaftliche, politische, mediale und andere Interessen macht.

Ziel des vorliegenden Textes ist es vor diesem Hintergrund, den Begriff der Solidarität aus philosophisch-ethischer und wirtschaftspolitischer Perspektive zu schärfen, um so zu einer inhaltlich konkreten und zugleich nachhaltigen Debatte um die gegenwärtig notwendigen und möglichen Formen von Solidarität beizutragen.

2 Zum Begriff der Solidarität

Begriffsgeschichtlich vereint der Begriff Solidarität sehr unterschiedliche Entwicklungslinien: Einerseits reicht die Idee zurück bis ins römische Recht, andererseits ist es ein ideengeschichtlich relativ junger Begriff, der sich erstens im Nachklang zur Französischen Revolution – mit »fraternité« als Geschwisterlichkeit –, zweitens durch die Etablierung der Soziologie als wissenschaftlicher Disziplin und drittens – neben Personalität und Gemeinwohl – auch als einer der Zentralbegriffe der katholischen Soziallehre entwickelt hat.⁴

Im ethischen Diskurs wird zwischen einer Kon-Solidarität – Solidarität mit einer Gruppe, der man selbst zugehört – und einer Pro-Solidarität – Solidarität mit einer Gruppe, der man selbst nicht zugehört – unterschieden. Als zentrale Wesensmerkmale des Solidaritätsbegriffs sind allgemein zu nennen:

- ♦ *Verbundenheit* – trotz gegebener Differenzen – mit den anderen Mitgliedern einer Gesellschaft, Gemeinschaft oder Gruppe;
- ♦ *gemeinschaftsorientierte Identifizierung*: Die oder der Einzelne identifiziert sich mit dem Anliegen, Wohl, Geschick der Gemeinschaft beziehungsweise der Vereinigung, der sie oder er angehört;

4 Bayertz 1998.

- ◆ *Mitverantwortung* für das Wohl der anderen Mitglieder einer Gesellschaft oder Gemeinschaft, Gruppe, Vereinigung;
- ◆ *Reziprozität* im Sinne wechselseitiger Verpflichtung oder Bereitschaft, füreinander einzustehen, füreinander fürsorgliche Verantwortung zu übernehmen: die oder der Einzelne gegenüber der Gemeinschaft, die Gemeinschaft gegenüber der oder dem Einzelnen;
- ◆ *Verpflichtung*, sich für die Voraussetzungen und Ziele eines gelingenden Gemeinwesens einzusetzen;
- ◆ *soziale Kooperation* im Sinne des Zusammenwirkens, um gemeinsame Interessen und Ziele zu realisieren beziehungsweise zu erreichen;
- ◆ *karitative Hilfestellung* im Sinne eines ungeschuldet-freiwilligen Engagements zugunsten Bedürftiger; und nicht zuletzt
- ◆ *Altruismus*, als uneigennütziges Engagement für angestrebte Ideale bei gleichzeitiger Bestätigung der Identifikation mit diesen Idealen durch altruistisches Handeln.

Die zuvor genannten unterschiedlichen Entwicklungsstränge sowie Merkmale weisen darauf hin, dass sich im Begriff der Solidarität mitunter mehrere Dimensionen vereinen. Wenn nun gegenwärtig der Ruf nach Solidarität erschallt, so wird zum einen auf ganz unterschiedlichen politischen Ebenen – global, europäisch, national – Zusammenhalt, Kooperation und wechselseitige Unterstützung beschworen, zum anderen in Kontexten, in denen wir als Individuen gefragt sind, unsere symbolische, aber auch reale Unterstützung, Fürsorge und Hilfe für Menschen, die durch die Corona-Pandemie in Not und Bedrängnis geraten

sind, angeregt oder sogar eingefordert. Aus ethischer Perspektive kommen somit sowohl strukturethische als auch individual-ethische Dimensionen ins Spiel. Dabei vermischen sich nicht zuletzt Versuche der Handlungsmotivation Einzelner oder gesellschaftlicher Gruppen mit politischen und wirtschaftlichen Programmen und Interessen.

Die Breite des Begriffs und seine sehr unterschiedlichen ›Nutzungen‹ machen es notwendig, sorgfältig über die Rahmenseetzungen und Narrative sowie über die Intentionen und Ziele nachzudenken, in und mit denen der Begriff jeweils aufgegriffen und verwendet wird. Das gilt zum einen für die ethische Theoriebildung, denn auf welcher Ebene und in welcher Weise der Begriff »Solidarität« ethisch in Anschlag gebracht werden kann und handlungsorientierend wirkt, ist durchaus umstritten. Dies gilt zum anderen für die politische und gesellschaftliche Konkretisierung des Begriffs. Die folgenden Ausführungen skizzieren daher materiale politische Konkretisierungen des Begriffs in der aktuellen Situation mit Fokus auf längerfristige wirtschaftliche Folgen auf unterschiedlichen Ebenen (Abschnitte 3 bis 7), bevor abschließend Hinweise für weiterführende begriffliche und konzeptionelle Konkretisierungen der Rede von Solidarität umrissen werden (Abschnitt 8).

3 »New normal«: ein neuer wirtschaftspolitischer Konsens?

Nach einigen Monaten zeigen sich global, europäisch und national sehr unterschiedliche Entwicklungen der Corona-Pandemie. Die höchsten Fallzahlen weisen im Juni und Juli 2020 die USA und Brasilien auf. In den Ländern des Südens scheint die Pandemie insgesamt mit einer gewissen Verzögerung aufzutreten, breitet sich jedoch auch dort massiv aus. In einigen europäischen Ländern kam es zeitweise zu einer partiellen Überlastung des Gesundheitssystems, während andere diese erste Phase besser überstanden haben. Direkte und mittelbare Auswirkungen der Pandemie treffen die Menschen dabei in sehr unterschiedlichem Maße, vielfach im Zusammenhang mit bestehenden strukturellen Ungleichheiten. Nun versuchen viele Länder mit unterschiedlichen Strategien und Geschwindigkeiten die Rückkehr zu einer Art Normalität, wobei ungewiss ist, wie groß die Gefahr einer zweiten Welle der Pandemie durch eine zu schnelle Lockerung sein wird.

Weltweit sehen sich Länder enormen wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber, für die sie in sehr unterschiedlichem Maße gerüstet sind. Wohl alle Staaten versuchen, Hilfsprogramme zur Stützung der Wirtschaft aufzulegen, vielfach in bislang ungekannter Höhe. Inwieweit und in welcher Weise ihre unterschiedlichen Kapazitäten dazu ausgeglichen werden sollen, ist politisch umstritten – wie auch viele Fragen der Ausgestaltung von wirtschaftspolitischen Unterstützungsmaßnahmen.

Hilfsprogramme für wirtschaftende Menschen können als Zeichen der Solidarität verstanden werden; der Staat hilft Menschen oder Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten sind: nicht nur finanziell, sondern auch, indem Mittel zur Daseinsfürsorge und öffentliche Infrastrukturen bereitgestellt und auch rechtliche Rahmensetzungen, etwa in Bezug auf die Arbeitswelt, garantiert werden. Unterstützung kann dabei auch über nationalstaatliche Grenzen hinweg geleistet werden. Auf theoretischer Ebene wird in diesen Überlegungen die Nähe des Konzepts der Solidarität zu Konzepten von Hilfe und Fürsorge deutlich. Erst genauere Analysen werden allerdings zeigen, ob die Programme vor allem dazu da sind, eigene Unternehmen zu ihrem traditionellen Wachstumspotenzial zurückzuführen, oder ob sie Schwerpunkte setzen, die einem »Solidaritätspakt zur Krisenbewältigung«⁵ – national wie international – näher kommen. An einen solchen wäre die Anforderung zu stellen, dass weder Subventionen und Unterstützungsleistungen noch deren Finanzierung die soziale Spaltung weiter vorantreiben. Genauso wenig darf er die natürlichen Lebensgrundlagen kommender Generationen gefährden. Dabei ist auch ein Bewusstsein für die sozio-ökonomischen und strukturell diskriminierenden Faktoren erforderlich, die bestehende Ungleichheiten beeinflussen und die im Zusammenhang mit der Corona-Krise erneut international, aber gerade auch innerhalb von Gesellschaften mit besonderer Schärfe in den Blick gerückt sind.

5 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2020.

Immerhin scheint in der gegenwärtigen Debatte häufig wieder auf, dass die Antwort auf die Krise einen Neuanfang bedeuten soll: »Back to normal« meint in diesem Sinne ein »new normal«. Neu ist etwa, dass von einer Restauration der hergebrachten Form von Globalisierung nicht mehr die Rede ist. Selbst neoliberale Theoretiker führen jetzt das Wort der »Über-« oder gar »Hyper-Globalisierung« im Munde; auch wenn dies lediglich auf Befürchtungen schließen lassen mag, dass Lieferketten in Zeiten der Pandemie zu langsam oder gar nicht mehr funktionieren oder dass die pharmazeutische Marktmacht abgewandert ist und »zurückgeholt« werden sollte. Gleichzeitig erhielt in den vergangenen Monaten der Begriff »systemrelevant« eine neue Bedeutung: Wurden darunter 2008/2009 ausschließlich Finanzinstitutionen verstanden, sind es jetzt zudem Teilbereiche des Gesundheits- und Pflegesektors, Einzelhandel und die Versorgungsinfrastrukturen, um die sich die herrschende Wirtschaftswissenschaft vor der Krise allenfalls mit Vorschlägen zu arbeitssparenden Optimierungen gekümmert hat – noch im letzten Sommer hatte Minister Spahn ein Konzept für einen weiteren Radikalabbau im Bereich der Krankenhäuser und eine konsequente Ökonomisierung der Pflege vorgelegt. Als Zeichen der Veränderung kann auch gewertet werden, dass sich selbst im Informationsdienst des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft⁶ Statements mit dieser Argumentationsabfolge finden:

6 Institut der Deutschen Wirtschaft 2020.

- ◆ Die Erholung von der Krise muss mit klimafreundlichem Wirtschaften erreicht werden;
- ◆ nationale, allenfalls europäische Infrastrukturen müssen resilienter werden; eine Volkswirtschaft muss sich, jenseits betriebswirtschaftlicher Optimierung, Redundanzen leisten können;
- ◆ Solidarität und Kooperation können wichtiger sein als Konkurrenz und Wettbewerb;
- ◆ Anreize könnten gesetzt werden für sozial angemessene Wertschöpfungsketten.

Von einem neuen Konsens über wirtschaftspolitische Instrumente zur Bekämpfung der Krise im Zeichen der Solidarität zu sprechen, erscheint dennoch mindestens verfrüht. Umso mehr kommt es darauf an, das Kriterium der Solidarität für die Wirtschaftspolitik zu konkretisieren. Die folgenden Abschnitte 4 bis 7 gehen dem mit Bezug auf die globale, europäische und nationale Ebene sowie Fragen intergenerationeller Solidarität nach.

4 Globale Solidarität

Internationale Solidarität darf kein leeres Versprechen bleiben; die Schockeffekte der Krise sind in den Ländern des Südens deutlich ausgeprägter. Es hat sich sehr schnell gezeigt, dass Menschen, die keine eigenen ökonomischen Ressourcen oder Rücklagen haben, durch Maßnahmen zur Bekämpfung der Co-

rona-Pandemie, aber auch durch das Ausbleiben gewohnter Absatzmengen im Export, in der Regel als Zulieferer für Märkte in reichen Ländern, ganz unmittelbar in lebensbedrohende Existenznot kommen können. Hier werden alte Forderungen von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit auf geradezu bedrückende Weise aktuell: Weltmärkte müssten mit fairen Preisen und nicht nach Prinzipien der Gewinnmaximierung organisiert werden, Beschäftigte sollten in der Lage sein, mit ihren Löhnen sich selbst und die von ihnen abhängigen Familienmitglieder zu versorgen. Deutliche Konvergenzen mit Prinzipien globaler Gerechtigkeit werden hier erkennbar, die in der konzeptionellen Schärfung des Begriffs weiter bedacht werden müssen (vgl. Abschnitt 8).

Aber auch Hilfspakete zur Überbrückung von unmittelbaren Existenzproblemen wären erforderlich. Ihr notwendiges Minimum gerät in Anbetracht der bei uns verhandelten Unterstützungsprogramme für die eigene Wirtschaft leicht in Vergessenheit. In gefährdeten Gebieten, vor allem in Afrika, muss die Ernährungssicherheit der Menschen in den nächsten Monaten regelmäßig überprüft und gegebenenfalls gesichert werden. Auch Überlegungen zu einem Erlass bestimmter Altschulden, die jüngst auch der Papst nach der Ostermesse gefordert hat,⁷ sind von neuer und bedrängender Aktualität.

Sowohl in Bezug auf kurzfristig notwendige Hilfen als auch auf längerfristig erforderliche strukturelle Veränderungen ist

7 Deutsche Welle online 2020.

solidarisches Handeln über die eigenen Grenzen hinaus gefragt, nicht zuletzt von den Ländern Europas. Mit Blick auf globale Finanzierungsbedarfe ist daher die Forderung zu erheben, die Weichen für eine solidarische internationale Lastenverteilung zu stellen. Die sozial angemessene Finanzierung von Langfristlasten durch sehr große, strukturelle Defizite, die von kreditfinanzierten Schutzschirmen beeinflusst werden und weitgehend unabhängig von der Folgekonjunktur sind, wird dabei – trotz aller derzeitigen Lippenbekenntnisse – längerfristig nicht ohne Erhöhung der Steuerlasten möglich sein. John Maynard Keynes hat in »How to Pay for the War« schon im Jahre 1940 den Vorschlag einer extremen Steuerprogression für Einkommen im reichsten Segment und einer damit korrespondierenden Vermögenssteuer gemacht.⁸ Diese Vorschläge erscheinen auch in der jetzigen Situation richtungweisend, ebenso wie etwa eine umfassende Transaktionssteuer auf den Finanzmärkten und die Verwendung der Erträge zur Armutsbekämpfung, zum Gesundheitsschutz und zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen in den ärmeren Staaten. Dem Internationalen Währungsfonds, der die Aufgabe hatte, das Bretton-Woods-System zu überwachen und zu unterstützen, könnte hier eine neue sinnvolle Tätigkeit zuwachsen, vielleicht in Zusammenarbeit mit der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die als Teil der Weltbankgruppe Armutsbekämpfung und Förderung von Umweltschutz bereits als deklarierte Schwerpunktaufgaben

8 Keynes 1940.

hat. Ungeachtet dessen scheint sich in etablierten Wirtschaftskreisen eher die Meinung zu stabilisieren, man könne »aus der Krise herauswachsen«, das heißt, über ein steigendes Bruttoinlandsprodukt (BIP) die Schuldenlast, die ja am BIP gemessen wird, rechnerisch auch wieder senken.⁹

5 Europäische Solidarität

Für die Europäische Union ist entscheidend, dass aus dem Gemeinschaftsethos oder dem Anspruch, eine Wertegemeinschaft zu bilden, wechselseitige Verpflichtungen entstehen, die ein moralisches Handeln innerhalb dieser Gemeinschaft im Sinne der Gruppen- beziehungsweise der Kon-Solidarität begründen. In einigen Staaten der Europäischen Union lassen sich verschiedene Entwicklungen durchaus als Zeichen der Solidarität interpretieren. Einzelne Länder haben anderen mit Schutzausrüstungen ausgeholfen, die zu Beginn fast überall knapp waren; in manchen Ländern waren zeitweise die Intensivstationen überlastet, und hier halfen andere europäische Staaten, in denen die Situation entspannter blieb, mit Betten aus und übernahmen Patienten.

Finanzpolitisch reagierten die Länder der Europäischen Union allerdings vor allem unabhängig voneinander auf die Krise. Die geldpolitische Antwort stellt eine Ausnahme dar, da für

9 Heinemann 2020.

den Euro-Raum die Europäische Zentralbank mithilfe eines Notkaufprogramms einer großen Geldmengenausweitung beziehungsweise dem Kauf von Staatsanleihen einen noch schlimmeren Einbruch der Finanzmärkte verhinderte. Dieses sogenannte Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) wurde zuletzt auf beachtliche 1350 Mrd. Euro erweitert.¹⁰ Doch es gab zunächst keine gemeinsamen Hilfsprogramme der EU, was vor dem Hintergrund der oft langwierigen Abstimmungen bei EU-Entscheidungen nachzuvollziehen war.

Die Hilfsprogramme der Länder waren und sind weiterhin wichtig, um die ökonomischen Auswirkungen der Krise abzumildern. Doch die Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Regierungen unterscheiden sich aufgrund der politischen Rahmenbedingungen und insbesondere der Finanzierungsmöglichkeiten erheblich. Deutschland ist mit einer vergleichsweise niedrigen Staatsschuldenquote in einer privilegierten Situation und hat – zumindest phasenweise – mehr Geld in die eigene Wirtschaft gepumpt als alle anderen EU-Staaten zusammen.¹¹ Länder mit hohem Schuldenstand finden sich dagegen in einer Dilemmasituation wieder. Die eine Möglichkeit ist, große Hilfsprogramme aufzusetzen, was aber zu einer Verschärfung der Verschuldungsproblematik führt. Die andere Möglichkeit ist, fiskalpolitisch nicht oder kaum zu reagieren, wodurch aber eine

10 tagesschau.de 2020.

11 zdf heute 2020.

schwere Rezession und hohe Arbeitslosigkeit wahrscheinlicher werden.

Auch hinsichtlich der Betroffenheit unterscheiden sich die Länder ganz erheblich. Dabei sind nicht nur die medizinisch-gesundheitlichen Aspekte zu berücksichtigen, sondern insbesondere auch die langfristigen ökonomischen Folgen. Radikal sind etwa die Umsätze in der Tourismusbranche zurückgegangen, so dass vielerorts wirtschaftliche Existenzen auf dem Spiel stehen. In Griechenland hat der Tourismus eine besonders große Bedeutung: 21 Prozent des BIP entfielen 2018 auf den Reise- und Tourismussektor – zum Vergleich: Spanien 15 Prozent, Österreich 15 Prozent, Italien 13 Prozent und Deutschland 9 Prozent.¹² Nach den Schätzungen des Internationalen Währungsfonds gehören, am prognostizierten Rückgang des BIP im Jahr 2020 gemessen, neben Italien (-9,1 Prozent) und Spanien (-8,0 Prozent) auch etwa Griechenland (-10,0 Prozent), Lettland (-8,6 Prozent) und Litauen (-8,1 Prozent) zu den besonders betroffenen Ländern in der Europäischen Union.¹³

Im Sinne einer reziproken Bereitschaft zur Unterstützung kommt es nun darauf an, sich mit in Not geratenen europäischen Staaten zu solidarisieren und eine gemeinsame Reaktion Europas zu initiieren. Bislang wurde durch die EU-Kommission, mithilfe des Europäischen Stabilitätsmechanismus und der Eu-

12 Knoema 2020.

13 IMF 2020.

ropäischen Investitionsbank, ein Kreditprogramm ins Leben gerufen, das (Not)Kredite in Höhe von bis zu 540 Mrd. Euro an die Mitgliedsländer erlaubt – eine Säule dieses wichtigen Programms dient zum Beispiel zur Finanzierung eines europäisch-finanzierten Kurzarbeitergeldes (»SURE«).¹⁴ Eine weitergehende gemeinsame fiskalpolitische Reaktion Europas fehlt bislang jedoch.

Zunächst drehte sich die Debatte hauptsächlich um sogenannte Corona-Bonds – in Anlehnung an die Überlegungen zu Euro-Bonds gemeinsam emittierte europäische Anleihen. Unter den verschiedenen Varianten, die debattiert werden, würde in jedem Fall die Staatsschuldenaufnahme für Länder mit hohen Zinsraten wie Italien und Griechenland¹⁵ günstiger werden, weil sie zur Refinanzierung niedrigere Zinsen am Kapitalmarkt zu erwarten hätten. In dieser seit Beginn der Eurozone anhaltenden Debatte konnte jedoch keine Einigkeit erzielt werden, weil damit eine langfristige Vergemeinschaftung von Schulden befürchtet wird.

Darauffolgend brachten Macron und Merkel den Vorschlag ein, Anleihen in Höhe von 500 Mrd. Euro im Namen der Europäischen Union am Kapitalmarkt aufzunehmen, um diese über einen Wiederaufbaufonds innerhalb der EU zu investieren. Die Zuwendungsmodalitäten wären über den EU-Haushalt festzulegen, was bedeutet, dass diejenigen unterstützt werden könnten,

14 ntv.de 2020.

15 European Central Bank 2020.

die den dringlichsten Bedarf hätten. Die Rückzahlungen durch die Mitgliedsstaaten würden nicht in gleicher Höhe erfolgen müssen, sondern wären ebenfalls an den EU-Haushalt geknüpft, sodass von einer solidarischen Lösung im Sinne der Unterstützung der Bedürftigen gesprochen werden könnte.

Die EU-Kommission ging mit ihrem Vorschlag noch darüber hinaus. Zusätzlich zu dem kürzlich vorgestellten EU-Haushalt der Jahre 2021 bis 2027, der noch dieses Jahr zu verabschieden ist, soll ein Programm in Höhe von 750 Mrd. Euro aufgesetzt werden; 500 Mrd. Euro wären – wie bei der Variante von Macron und Merkel – als Zuwendungen und 250 Mrd. Euro als Kredite vorgesehen.

Die Gruppe der selbst ernannten »sparsamen Vier« hat einen Gegenentwurf vorgelegt. Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande sprechen sich für einen einmaligen Notfallfonds zur Stärkung der EU-Wirtschaft aus. Besonders wichtig sei eine Befristung der Nothilfen auf zwei Jahre, die garantieren soll, dass es bei einer Corona-Soforthilfe bleibt und es nicht »durch die Hintertür zu einer Schuldenunion« kommt. Einer langfristigen Ausgabe von EU-Anleihen und damit einer gemeinsamen Schuldenhaftung sowie einer Erhöhung des EU-Budgets würden sie nicht zustimmen.

So sind momentan noch viele Modalitäten zu diskutieren und zu klären. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeit, dass die Zustimmung aller 27 EU-Staaten erforderlich ist, wird es für die weitere Entwicklung Europas entscheidend sein, einen solidarischen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, bei dem sich kein Land im Stich gelassen fühlt.

Ein finanzpolitisches Zeichen der Solidarität ist aus europapolitischen Gründen von großer Bedeutung. Wenn in Not geratenen Ländern, zumal unverschuldet, nicht geholfen wird, wird insbesondere in den stark betroffenen Ländern die Frage immer lauter werden, wofür Europa überhaupt da ist. Vor dem Hintergrund erstarkender rechtspopulistischer Strömungen in Europa kann und darf die europapolitische Bedeutung der Krise nicht unterschätzt werden.

Neben all dem sind im Schatten der Pandemie besorgniserregende nationale bzw. nationalistische Tendenzen zu beobachten. Dabei wird die Krise teilweise gar dazu genutzt, um rechtsstaatliche Prinzipien zu unterminieren – ein Trend, der mit unvorhersehbaren Folgen für die internationale Gemeinschaft verbunden ist. Für die Solidargemeinschaft Europa dürfte daher eine nicht unwesentliche Frage sein, ob sich die Gewährung finanzieller Hilfen an die Forderung der Einhaltung von Rechtsstaatsnormen knüpfen lässt, um so den antidemokratischen Entwicklungen einzelner Staaten entgegenwirken zu können. Es ist zu fragen, welche Handlungsmöglichkeiten in der Gemeinschaft möglich und angebracht sind, ohne selbst unsolidarisch zu werden.

An der politischen Konzeption und praktischen Umsetzung der zukünftigen Maßnahmen wird sich die Idee europäischer Solidarität ebenso wie der Anspruch einer Wertegemeinschaft zu bewähren haben, soll sie nicht als bloße politische Rhetorik beschworen werden.

6 Solidarität im Inland

Am Beispiel der Europäischen Union wurde deutlich, dass Finanzmittel in bislang ungekannter Größenordnung eingesetzt werden, um auf die durch die Corona-Pandemie induzierte Wirtschaftskrise zu reagieren. In Deutschland folgen auf unmittelbare Stabilisierungsmaßnahmen wie Liquiditätsbeihilfen und Verlängerung des Kurzarbeitergelds bereits Konjunkturprogramme, mit denen die Wirtschaft wieder »in Gang gesetzt« und die wichtigen (Infra-)Strukturen erhalten, aber auch modernisiert werden sollen. Zu deren Finanzierung müssen in hohem Umfang Schulden aufgenommen werden, wobei weitere Finanzpakete mittelfristig keineswegs ausgeschlossen sind. Auch die Maßnahmen auf europäischer Ebene werden, wie bereits ausgeführt, in der einen oder anderen Weise kreditfinanziert und dabei auch künftige Haushalte hierzulande belasten. Die Bundesregierung verabschiedet sich gerade explizit von einer Politik der »schwarzen Null«.

Die Maßnahmen zur Konjunkturbelebung sind mit unterschiedlichen Verteilungswirkungen verbunden. So sollen von der jüngst beschlossenen temporären Senkung der Mehrwertsteuer gerade auch Menschen mit geringem Einkommen profitieren, während die ebenfalls diskutierte vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags nur den Bezieherinnen und Beziehern hoher Einkommen zugutegekommen wäre. Über solche kurzfristigen Verteilungswirkungen hinaus entstehen durch die Schuldenaufnahme aber insbesondere auch langfristige Lasten. Die Finanzierung dieser Langfristlasten muss soli-

darisch erfolgen, wenn sie die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft nicht verschärfen soll.

Wie mit Blick auf die internationale Ebene bereits angesprochen, wird dies mittel- bis langfristig nicht ohne Erhöhung der Steuerlast möglich sein. Denkbare Ausgestaltungen sind neben dauerhaften Erhöhungen stark progressiver Einkommens- und Vermögenssteuern auch eine einmalige Vermögensabgabe nach dem aktuell viel zitierten Vorbild des Lastenausgleichs in der deutschen Nachkriegszeit oder die Etablierung eines zeitlich befristeten progressiven »Corona-Solis«. Kürzungen des Staatshaushalts insbesondere im Bereich der sozialen Sicherung, aber auch anderer Bereiche der Zukunftsvorsorge zum Zweck des Schuldendienstes würden hingegen die soziale Spaltung vertiefen und den Zusammenhalt und damit die Stabilität der Gesellschaft gefährden. Von einem kooperativen Handeln der finanziell Stärkeren ist eine gesellschaftlich befriedende Wirkung zu erwarten, welche zugleich die Bereitschaft aller erhöhen könnte, zu einem gelingenden Gemeinwesen beizutragen. Als Ergebnis und zugleich Grundlage von Verbundenheit erscheint Solidarität in diesem Sinne unverzichtbar. Dies gewinnt umso mehr Relevanz, als angesichts drängender ökologischer Krisen und Anzeichen säkularer Stagnation in den frühindustrialisierten Ländern ein »Herauswachsen« aus der Krise und der resultierenden Schuldenlast immer weniger als tragfähige Hoffnung erscheint.

7 Intergenerationelle Solidarität

In ihren langfristigen Auswirkungen berühren die Folgen der Corona-Pandemie schließlich auch die Herausforderungen eines sozial-ökologischen Wandels der Gesellschaft, denn es ist entscheidend, dass die nun ergriffenen Maßnahmen nicht zur Restauration alter Wachstumsmuster, sondern für eine umfassende Transformation zur Nachhaltigkeit genutzt werden. Tatsächlich erscheint der Umgang mit den natürlichen Ressourcen und Ökosystemen der Erde als ein wichtiger Kristallisationspunkt intergenerationellen solidarischen Handelns: Die Lebensweise in den Industrieländern sowie zunehmend der aufholenden Mittel- und Oberschichten der Schwellenländer beruht auf einem nicht nachhaltigen Wirtschaftssystem, das über die Grenzen der globalen ökologischen Tragfähigkeit hinaus geführt hat. In Bezug auf Biodiversitätsverluste, Klimawandel und destabilisierte Nährstoffkreisläufe werden planetarische Grenzen, innerhalb derer ein sicherer Handlungsraum für die Menschen im Sinne relativ stabiler ökologischer und biophysikalischer Rahmenbedingungen besteht, bereits heute überschritten.¹⁶ Werden Kippunkte erreicht, drohen sich die Lebensbedingungen auf der Erde unwiderruflich so schnell und gravierend zu verändern wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Das trifft bereits die heute handlungs- und entscheidungsfähigen Teile der Gesellschaft, in besonderem Maße aber die jüngsten und kom-

16 Steffen et al. 2015.

menden Generationen, deren Lebensgrundlagen und Verwirklichungschancen auf dem Spiel stehen. Besonders betroffen sind dabei jene, die ohnehin aufgrund ihrer sozialen Lage vulnerabel sind, darunter viele Menschen in den ärmsten Ländern der Welt. Um dies abzuwenden, ist eine sozial-ökologische Transformation unabdinglich – ein umfassender Wandel wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen, damit sie langfristig ökologisch und sozial tragfähig sind und ein gutes Leben für alle als Zielhorizont überhaupt möglich bleibt. Diese Transformation muss ohne weitere Verzögerungen und mit der notwendigen Entschlossenheit angegangen werden; eine Forderung, die auch aus Gerechtigkeitserwägungen zu erheben ist, von denen sich Solidarität nicht trennscharf abgrenzen lässt, denen gegenüber der Begriff gleichzeitig jedoch einen gewissen Sinnüberschuss offenbart (vgl. Abschnitt 8).

Die akute Herausforderung durch die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen droht nun, Schritte in Richtung eines sozial-ökologischen Wandels zu verhindern oder jedenfalls zu verlangsamen. So nachvollziehbar es ist, dass angesichts der hohen Belastung wirtschaftlicher, politischer und gesamtgesellschaftlicher Handlungskapazitäten komplexe und längerfristige Herausforderungen kurzfristig in den Hintergrund treten, so entscheidend ist es angesichts der Dringlichkeit der ökologischen Krise, dies nicht zuzulassen. Dass die öffentliche Debatte um die Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen in Deutschland und der Europäischen Union diesen Aspekt relativ schnell berücksichtigt hat, ist gut. Bei allen Stimmen, die dafür plädieren, gerade jetzt in den ökologischen Umbau zu in-

vestieren, machen nicht zuletzt umfangreiche Hilfen für Fluggesellschaften und Reiseunternehmen ohne Umweltschutzbedingungen deutlich, dass Wirkungsrichtung und Reichweite der viele Milliarden umfassenden Konjunkturpakete noch keinesfalls feststehen. Gleichzeitig ist das zentrale Ziel mehrheitlich die Rückkehr auf einen mehr oder weniger »grünen« quantitativen Wachstumspfad – eine Perspektive, die angesichts der unmittelbar drohenden sozialen Konsequenzen einer anhaltenden Rezession in den gegenwärtigen wachstumsabhängigen Gesellschaften nahe liegt, längerfristig aber zu kurz greift. Denn vieles deutet darauf hin, dass anhaltendes Wirtschaftswachstum mit der Einhaltung planetarischer Grenzen unvereinbar ist. In jedem Fall verstellt die Fixierung auf das Mittel Wachstum viel zu oft den Blick auf gesellschaftliche Ziele und alternative Mittel, diese Ziele zu erreichen.

Dass diese Priorisierung in der Corona-Pandemie zeitweise mit bislang ungekannter Konsequenz zugunsten des Schutzes von Leben aufgehoben wurde, ist ermutigend. Vielleicht mögen Erfahrungen wie die der Handlungsfähigkeit des Staates, der überwiegenden Akzeptanz einschneidender, aber nachvollziehbarer Maßnahmen durch die Bevölkerung in der Krise einerseits und der Verletzlichkeit und zugleich schnellen Veränderbarkeit gesellschaftlicher Normalität andererseits sogar dazu beitragen, dass eine sozial-ökologische Transformation für mehr Menschen denkbar wird. Als Blaupause für intergenerationelle Solidarität im Sinne der Bereitschaft und des aktiven Engagements für ein gesamtgesellschaftliches Umsteuern taugt dies selbstverständlich nicht; zu unterschiedlich sind die Herausforderungen

und zu groß, wie bereits angedeutet, die sehr reale Gefahr der Restauration alter Strukturen und Wachstumsmuster. Die Situation birgt aber auch Chancen: Würden die für Stabilisierung und Wiederaufbau bereitgestellten Milliarden im Sinne einer »integrierten Krisenbewältigung«¹⁷ tatsächlich konsequent für eine sozial-ökologische Transformation genutzt, könnte das allerdings ein entscheidender Schritt in Richtung Nachhaltigkeit sein, die – das ist nicht zu vergessen – auch vor der Corona-Pandemie nicht die notwendige gesellschaftliche Priorität besaß.

Damit ein solcher Schritt möglich ist und es nicht zu Rückschritten kommt, müssen die nun anstehenden Investitionen zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau der Wirtschaft an strengen sozial-ökologischen Kriterien ausgerichtet werden.¹⁸ Konkret bedeutet dies, dass keine wirtschaftlichen Strukturen gefördert werden sollten, die aus ökologischer Perspektive dringend überwunden werden müssten, wie etwa der auf fossilen Treibstoffen basierte motorisierte Individualverkehr. Stattdessen sollten die Mittel eingesetzt werden

- ◆ für Investitionen in eine Infrastruktur, die ökologisch nachhaltigeres Wirtschaften und Leben ermöglicht, insbesondere in Bezug auf Mobilität, Energieversorgung und -verbrauch,

17 Hennicke 2020.

18 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2020; Bach et al. 2020.

- ◆ zur Transformation von Produktionsstrukturen, das heißt für ökologischere Technologien und Produkte, aber zum Beispiel auch zur Stärkung kooperativer und solidarischer Wirtschaftsformen und regionaler Kreisläufe,
- ◆ zur Unterstützung bei der Veränderung von Konsummustern hin zu ökologisch tragfähigen Lebensstilen, beispielsweise über Mobilitätsgutscheine für den Öffentlichen Verkehr und die Förderung weniger Ressourcen verbrauchender Naherholungsangebote, und
- ◆ zur Förderung von Kommunen durch Entschuldung und verbesserte finanzielle Ausstattung, damit diese die ihnen zukommende tragende Rolle in der sozial-ökologischen Transformation erfüllen können.

Das Anfang Juni 2020 beschlossene Konjunkturprogramm der Bundesregierung geht erste Schritte in diese Richtung, wenn auch nicht entschieden genug.¹⁹ Um die alten, nicht nachhaltigen Strukturen zu überwinden, ist zudem weit mehr erforderlich als Ausgaben in Milliardenhöhe. Notwendig sind auch weitreichende Veränderungen der Regeln und der Rahmenbedingungen des Wirtschaftens, die ohne weitere Verzögerungen an den Erfordernissen einer sozial-ökologischen Transformation orientiert werden müssen. Zentral ist unter anderem die sozial-ökologische Ausrichtung des Steuer- und Abgabensystems. Im Fokus sollten dabei die Internalisierung externer Kosten so-

19 Für eine erste Einordnung der Umweltwirkungen des Konjunkturpakets siehe beispielsweise Schemmel/Schumacher 2020.

wie die Verringerung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen stehen. Aber auch ordnungsrechtliche Instrumente sind zur Erreichung ökologischer Ziele in vielen Bereichen unverzichtbar. Mögliche Maßnahmen zur Förderung nachhaltigen und innovativen Handelns auf Unternehmensebene reichen von der verpflichtenden Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien mit quantitativen Zielen, die sich am ökologisch erforderlichen Handlungsbedarf orientieren, etwa »Science Based Targets« im Klimaschutz, bis zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für solidarische und demokratische Formen wirtschaftlicher Tätigkeit, wie sie beispielsweise in Commons-Initiativen, Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Unternehmen erprobt und praktiziert werden. Der Strukturwandel wird aber auch die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherung betreffen und nicht zuletzt das Verhältnis »produktiver« und »reproduktiver« Arbeit berühren müssen.

Solche tiefgreifenden Veränderungen erfordern gesellschaftlichen Mut und – bei aller gebotenen Eile – Zeit. Solidarisch zu handeln heißt daher, sich heute auf den Weg zu machen. Dabei sind diejenigen mit den meisten Ressourcen aufgerufen, sich besonders zu engagieren. Gleichzeitig müssen die Stimmen Schwächerer Gehör finden, damit alle Mitglieder der Gesellschaft an der sozial-ökologischen Transformation partizipieren (können): Ohne Solidarität in der Gegenwart ist Solidarität zwischen den Generationen nicht denkbar.

8 Solidarität – Stärken und Grenzen des Begriffs

Um die handlungsleitende Kraft eines inhaltlich konkreten Verständnisses von Solidarität nicht durch seine ständige Erweiterung auszuhöhlen, muss über die Stärken, aber auch über die Grenzen des Begriffs nachgedacht werden. Denn trotz der geradezu rhetorischen Euphorie hinsichtlich des Solidaritätsgedankens ist zu fragen, ob über diesen Begriff aus einer sozialetischen Perspektive überhaupt alle damit in Verbindung gebrachten Belange und Bedürfnisse tatsächlich abgedeckt werden können und dem Begriff der Solidarität somit allseitige Zuständigkeit, Tragkraft und Wirkmächtigkeit zukommt. Als Leitprinzip sozialstaatlicher Strukturen hat Solidarität durchaus einen verbindenden und verbindlichen Charakter, dem man sich nicht ohne weiteres entziehen kann. Als politischer Symbolbegriff kennzeichnet Solidarität einen stärkeren appellativen Charakter, insofern Verbundenheit geweckt und gefördert werden soll, aber letztlich nicht erzwungen werden kann. Als Tugendbegriff ist Solidarität schließlich in das Wollen und Können der und des Einzelnen gelegt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Merkmale dürfte der Solidaritätsbegriff in seiner sozialetischen Qualität auf Grenzen stoßen. Eine Grenze beziehungsweise Begrenztheit ist seine Offenheit und Unbestimmtheit hinsichtlich seiner konkreten Umsetzung oder Anwendung. Das heißt, erst ein bestimmtes konkretes Tun von Menschen oder eine konkrete Maßnahme oder Regelung auf der institutionellen Ebene lässt sich als Ausdruck von Solidarität oder solidarischen Handelns qualifizieren. Mit anderen Worten: Das, was

Solidarität bedeutet, realisiert sich erst in der konkreten Umsetzung und Praxis. Überdies ist in dem einen oder anderen Falle ein zweiter Blick erforderlich, um näher zu klären und zu bestimmen, ob es sich tatsächlich um einen Ausdruck oder eine Konkretisierung von Solidarität handelt oder ob nicht eine andere ethische Kategorie angemessener in der Zuschreibung und in ihrem normativen Gehalt wäre.

Deutlich wird: Der Begriff »Solidarität« bedarf der Konkretisierung – nicht nur durch politische Umsetzungsvorschläge, wie sie in den vorangehenden Abschnitten angedeutet wurden, sondern auch durch eine begriffliche Präzisierung. Diese wird unter anderem durch die Schärfung der »Ränder« des Begriffs im Verhältnis zu anderen zentralen ethischen Leitbegriffen geleistet.

Eine solche Grenze – die im Sinne einer konstruktiven Abgrenzung und Ergänzung bedacht werden muss – ist das Prinzip der Gerechtigkeit: Dabei ist das Prinzip der Gerechtigkeit eine Kategorie, die in erster Linie dem Staat als zentraler Instanz zuzuordnen ist, insofern Gerechtigkeit gemeinhin die Zuerkennung legitimer Anrechte bedeutet und über Strukturen und Verfahren geregelt ist beziehungsweise geregelt sein sollte, für deren Einrichtung und Einhaltung der Staat zuständig ist und nicht einzelne oder zivilgesellschaftliche Gruppen oder Akteure.²⁰ So sind alle finanziellen Maßnahmen, die derzeit zur Unterstützung von Betroffenen – etwa Arbeitnehmerinnen

20 Vgl. Bude 2019: 135–137.

und Arbeitnehmer, Selbständige, Unternehmen, Künstlerinnen und Künstler, Erziehende – von Regierungsseite festgelegt und durchgeführt werden, in aller Regel nicht dem Prinzip der Solidarität, sondern den Forderungen der Gerechtigkeit geschuldet. Dies betrifft ebenso die Anspruchsrechte zukünftiger Generationen im Sinne intergenerationeller Gerechtigkeit. Nichtsdestoweniger dürfte die Idee der Solidarität hier zumindest im Hintergrund eine sensibilisierende und motivierende Rolle einnehmen. Deutlich wird dies auch in den Überlegungen zur globalen Solidarität, wo Forderungen nach Solidarität zum Teil strukturell auch als Forderungen nach globaler Gerechtigkeit reformulierbar wären (Abschnitt 4). Zu fragen wäre, ob die Verwendung des Begriffs Solidarität impliziert, dass über bestehende rechtliche Rahmenbedingungen hinaus nicht nur gerechte Ordnungen gemeint sind, sondern eine noch weitergehende Solidarität im Sinne der Fürsorge gedacht wird. In diesem Sinne umfasst der Begriff der Solidarität einen Überschuss über Konzepte von Gerechtigkeit und Verantwortung hinaus. Unbestritten bleibt jedoch, dass das Ringen um Gerechtigkeit – auch jenseits der drängenden gegenwärtigen Herausforderung – den gesellschaftlichen, aber auch politisch-ethischen Diskurs zur Festlegung der Normen, die etwa eine gerechte Verteilung von Gütern und Lasten ermöglichen, benötigt. Dies gilt gerade in Fragen der globalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung. Aufgrund der Vielzahl an widerstreitenden gerechtigkeitsethischen Entwürfen ist das bekanntermaßen alles andere als ein einfaches Unterfangen, dessen Abgrenzung zu den Debatten um den Begriff der Solidarität noch aussteht.

Eine weitere Grenze der Rede von Solidarität ist der Begriff der *Verantwortung*. Im Unterschied zum Prinzip der Gerechtigkeit muss Verantwortung – ebenso wie Solidarität – als relationaler Begriff bestimmt werden, der sowohl individualethisch als auch kollektiv im Vollzug zur Geltung kommt. Das Ringen um Verantwortung steht dabei in einem durchaus spannungsvollen Zusammenhang zum Ruf nach Solidarität. Solidarität kann auf der einen Seite als eine mögliche Konkretisierung verantwortungsvollen Handelns bestimmt werden. Auf der anderen Seite weist Solidarität über mögliche Verantwortung hinaus und verweist damit auf einen »Überschuss« ethischer Orientierung. Deutlich wird, dass der Begriff der Solidarität – anders als der Begriff der Verantwortung – formal kaum zu bestimmen ist, sondern stark vom Sinnüberschuss her gefüllt wird. Zugleich ist er eng mit dem Verständnis von Gerechtigkeit und Verantwortung verbunden, wie die Debatten um europäische Solidarität zeigen (Abschnitt 5): Mangelnde Solidarität kann als fehlende Verantwortung ausgelegt werden, während zu hohe Solidaritätsforderungen als ungerecht abgelehnt werden können. Eine Differenzierung der Begriffe kann deutlich machen, wann der Ruf nach Solidarität vor allem appellativer Natur ist und der politischen Forderung möglicherweise durch den Verweis auf verantwortungsethische Konstruktionen sachgerechter gedient ist.

Enge Verbindungen zwischen einem Verständnis von Solidarität im oben skizzierten Sinn zeigen sich zudem zum Paradigma einer sozial-ökologischen Transformation, insbesondere in den Feldern der internationalen und intergenerationellen Solidarität (Abschnitt 4 und 7). In diesem Zusammenhang zur

Solidarität aufzurufen, rückt eine *Verbundenheit* auch mit entfernten und künftigen Mitgliedern der (Welt-)Gesellschaft und die Mitverantwortung für den *Erhalt der Möglichkeit gelingender Gemeinwesen* in den Vordergrund. Damit kann Solidarität eine motivierende Rolle für konkrete Handlungen zukommen, die (auch) aus Gründen der Gerechtigkeit geboten erscheinen. Gleichzeitig schwingt im Begriff der Solidarität die besondere Bedeutung der Unterstützung der Schwächsten und Schwächeren einer Gemeinschaft mit, die von einer Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit heute und auch künftig aller Voraussicht nach mit der größten Härte getroffen würden. Über Verpflichtungen hinaus, die sich gerechtigkeits- oder verantwortungsethisches ableiten lassen – und die stets kontroversen gesellschaftlichen Debatten unterworfen sind –, verweist Solidarität schließlich auf Elemente freiwilligen und altruistischen Engagements. Diese sind wichtig für die Realisierung einer sozial-ökologischen Transformation, die einerseits des Momentums und der Vielfalt bedarf, die damit verbunden sind oder jedenfalls sein können. Andererseits geht die umfassende Veränderung von Lebensbedingungen und tief verwurzelten Gewohnheiten mit Verunsicherungen und »Abschiedsschmerzen« einher, deren Bewältigung wohl nicht allein durch Vorgaben und veränderte Rahmenbedingungen erreicht werden kann.

In dieser Verbindung zeigt sich der Sinnüberschuss des Konzepts von Solidarität sehr deutlich. Diesen offenzulegen und die politischen Rufe nach Solidarität auf ihre im Hintergrund stehenden Sinnkonstruktionen durchsichtig zu machen, erscheint dringend geboten. Solidarität impliziert eine über for-

mal oder rechtlich bestehende Ansprüche hinaus gehende Motivation bis hin zur Verpflichtung, die aus der Verbundenheit mit der eigenen oder einer anderen Gruppe resultiert. Insofern ist der Begriff eng mit der Wahrnehmung von Einzelnen und Gruppen verbunden – und Ergebnis und Grundlage von Zusammenhalt in einem Gemeinwesen. Solidarität umfasst dabei Konzepte von Reziprozität und sozialer Kooperation und impliziert zudem eine gewisse Freiwilligkeit und Motivation aus den Akteuren selbst heraus. Damit entspricht der Begriff Motiven der christlich-ethischen Tradition wie »Nächstenliebe«, »Fürsorge« oder dem ökumenischen Leitmotiv des »Vorrangs für die Armen«. Dies wird beispielsweise in den Überlegungen zur Solidarität mit unverschuldet in Not kommenden Menschen und Ländern deutlich (vgl. Abschnitt 3), steht aber auch im Hintergrund der Überlegungen zur globalen Solidarität (Abschnitt 4) und zur intergenerationellen Solidarität (Abschnitt 7). Gerade dieser Aspekt macht eine Verhältnisbestimmung von einem inhaltlich konkretisierten Begriff von Solidarität zu den oben skizzierten Konzepten von Gerechtigkeit und Verantwortung notwendig. Zugleich wird hier die besondere motivierende Kraft des Begriffs deutlich, der als die positive Kehrseite der appellativen Verwendungen beschrieben werden kann. Zu fragen bleibt, inwiefern dieser Überschuss als Grundlage für einen verstärkten Zusammenhalt der Weltgesellschaft dienen kann und ob der im Vergleich zu anderen Konzepten »weiche« Begriff der Solidarität nicht gerade in diesen Zusammenhängen seine Stärke zeigt.

9 Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2020: Sondermemorandum zur Corona-Krise. <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/kontext/controllers/document.php/754.9/f/co8eb7.pdf> (aufgerufen 08. 07. 2020).
- Bach, Stefan/Bär, Holger/Bohnenberger, Katharina/Dullien, Sebastian/Kempf, Claudia/Rehm, Miriam/Rietzler, Katja/Runkel, Matthias/Schmalz, Sophie/Tober, Silke/Truger, Achim 2020: Sozial-ökologisch ausgerichtete Konjunkturpolitik in und nach der Corona-Krise. Forschungsvorhaben im Auftrag des BMU. <https://www.bmu.de/download/sozial-oekologisch-ausgerichtete-konjunkturpolitik-in-und-nach-der-corona-krise/> (aufgerufen 08. 07. 2020).
- Bayertz, Kurt 1998: Solidarität – Begriff und Problem. Frankfurt/M., Suhrkamp.
- Bude, Heinz 2019: Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. München, Hanser.
- Butler Yeats, William 1919: The Second Coming. <https://www.poetryfoundation.org/poems/43290/the-second-coming> (aufgerufen 08. 07. 2020).
- Deutsche Welle online 2020: Papst ruft zu Schuldenerlass für arme Staaten auf. <https://www.dw.com/de/papst-ruft-zu-schuldenerlass-f%C3%BCr-arme-staaten-auf/a-53101661> (aufgerufen 08. 07. 2020).

- European Central Bank (Hg.) 2020: Long-term interest rate statistics for EU Member States. https://www.ecb.europa.eu/stats/financial_markets_and_interest_rates/long_term_interest_rates/html/index.en.html (aufgerufen 08. 07. 2020).
- Heinemann, Christoph 2020: Brinkhaus (CDU): »Wir können uns aus der Krise nicht raussparen«. Deutschlandfunk online 15. 5. 2020. https://www.deutschlandfunk.de/finanzpolitik-in-der-coronakrise-brinkhaus-cdu-wir-koennen.694.de.html?dram:article_id=476726 (aufgerufen 08. 07. 2020).
- Hennicke, Peter 2020: Corona-Pandemie und Klimaschutz. Hintergrundtext zum Sondermemorandum 2020. <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/kontext/controllers/document.php/749.d/c/06f597.pdf> (aufgerufen 08. 07. 2020).
- IMF (Hg.) 2020: World Economic Outlook, April 2020: The Great Lockdown. <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2020/04/14/weo-april-2020> (aufgerufen 08. 07. 2020).
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln e. V. (Hg.) 2020: Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft 2020 (11). https://www.iwd.de/fileadmin/iwd_Archiv/2020_Archiv/iwd112020.pdf
- Keynes, John M. 1940: How to Pay for the War – A Radical Plan for the Chancellor of the Exchequer. London, Macmillan.
- Knoema (Hg.) 2020: Gesamter Beitrag des Reise- und Tourismussektors am BIP-Anteil. <https://knoema.de/atlas/topics/Tourismus/Anteil-des-Reise-und-Tourismussektors-am-BIP/Gesamter-Beitrag-zum-BIP-percent-Anteil> (aufgerufen 08. 07. 2020).

- Koopmann, Christoph 2020: Die Corona-Solidarität lässt nach. In: Süddeutsche Zeitung vom 30. 05. 2020. <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-solidaritaet-gesellschaft-umfrage-1.4922098> (aufgerufen 08. 07. 2020).
- Nothelle-Wildfeuer, Ursula/Schmitt, Lukas 2020: Solidarität in der Corona-Gesellschaft. In: Kirche und Gesellschaft 470: 1–16.
- ntv.de 2020: EU-Staaten beschließen europäisches Kurzarbeitergeld, 19. 05. 2020. <https://www.n-tv.de/ticker/EU-Staaten-beschliessen-europaeisches-Kurzarbeitergeld-article21791932.html> (aufgerufen 08. 07. 2020).
- Schemmel, Jan P./Schumacher, Katja 2020: Impulse für ein nachhaltiges Konjunkturpaket. Präsentation beim DBU-Online Salon »Konjunkturmaßnahmen im Nachhaltigkeitscheck«. <https://www.dbu.de/media/0806200309203s8v.pdf> (aufgerufen 08. 07. 2020).
- Steffen, Will/Richardson, Katherine/Rockström, Johan/Cornell, Sarah E./Fetzer, Ingo/Bennett, Elena M./Biggs, Reinette/Carpenter, Stephen R./Vries, Wim de/Wit, Cynthia A. de/Folke, Carl/Gerten, Dieter/Heinke, Jens/Mace, Georgina M./Persson, Linn M./Ramanathan, Veerabhadran/Reyers, Belinda/Sörlin, Sverker 2015: Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. In: Science 347 (6223), [online] <http://doi.org/10.1126/science.1259855>.
- tagesschau.de 2020: Weitere 600 Milliarden für Anleihen. In: tagesschau.de, 04. 06. 2020. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/ezb-programm-anleihen-101.html> (aufgerufen 08. 07. 2020).

zdf heute 2020: Was der EU hilft, hilft auch Deutschland. In: zdf heute, 19. 05. 2020. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-rettungspaket-europa-chancen-100.html> (aufgerufen 08. 07. 2020).